

was produziert wird oder so. Um da halt einen Konsens halt zu finden, weiß ich nicht, ob das funktionieren würde, wäre ich jetzt eher kritisch.« (I 6)

Debatten sieht sie nicht als ein Mittel, um beispielsweise mehr Wissen zu mobilisieren, sondern eher als einen Stolperstein auf dem Weg tragbare Konsense zu finden.

Skeptisch gegenüber der Demokratisierung der Betriebsführung zeigt sich schließlich auch der Sozialliberale Jan (I 28), der sich Sorgen um die politisierenden Folgen von Abstimmungen macht. Sollte man der Belegschaft Entscheidungsrechte einräumen, »[...] dann wird es immer wieder Menschen geben, die das gut finden und welche, die die Entscheidung nicht gut finden. Es werden immer welche zufrieden sein und welche unzufrieden.« (I 28). Kurz: Wenn Geschäftsführungen und Management vorgeben, gibt es nichts zu diskutieren und infolgedessen auch keine Meinungsverschiedenheiten zu moderieren.

Tabelle 40: Zusammenfassung Begründungen Ablehnung/Zustimmung Betriebsdemokratie

	Pro	Contra
Betriebsdemokratie	<ul style="list-style-type: none"> - Besseres Produzent*innenwissen - Vetomacht gegen Unternehmer*innenegoismus - Beteiligung als Teilung von Verantwortungslast 	<ul style="list-style-type: none"> - Abstimmungen polarisieren und führen zu Unzufriedenheit - Fehlende Fertigkeiten - Fehlender Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsanreiz - Entscheidungsfindung kaum möglich

Quelle: Eigene Darstellung

5.4 Im Zusammenhang: Einstellungstypen, politische Lager und Wähler*innenorientierungen

In den vorherigen Kapiteln habe ich Deutungstendenzen (siehe Kap. 5.2) und Deutungsmuster (siehe Kap. 5.3) vorgestellt, die ich innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus rekonstruierten konnte. Die befragten Beschäftigten einte, dass sie zum gewerkschaftlichen Umfeld in den Betrieben gehörten. Teilweise waren es Betriebsräte und Vertrauensleute, teilweise Kolleg*innen, die an einem Arbeitskampf teilgenommen haben. Zugleich handelt es sich um Angehörige unterschiedlicher Teile der Arbeiter*innen- und lohnabhängigen Mittelklasse. Im abschließenden sechsten Kapitel werde ich auf sie zurückkommen, um allgemeine Schlussfolgerungen (nicht: Verallgemeinerungen) über die Potenziale politischer Projekte, insbesondere des Grünen Sozialismus zu ziehen.

Allerdings sind die Deutungen innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus besondere. Zumindest liegt die Vermutung nahe, dass sie – aus Perspektive eines links-ökologischen Projektes ebenso wie aus der des sozialliberal-ökologischen Modernisierungsblocks – eher überdurchschnittlich viele ideologische Potenziale und Anknüpfungsmöglichkeiten ausweisen. Für die Untersuchung ist das aus zwei Gründen wichtig. Einerseits

handelt es sich bei den Angehörigen des betrieblichen gewerkschaftlichen Milieus häufig um Multiplikator*innen in den Belegschaften, deren Ideen zirkulieren, zugleich um Scharnierpersonen zwischen Belegschaften und organisierter Arbeiter*innen- und Gewerkschaftsbewegung. Aus diesem Grund hat diese Gruppe eine besondere Bedeutung, wenn es um die Verbreitung politischer Ideen und Orientierungen geht. Andererseits sollten sie genau deshalb, weil sie sich also durchaus von denen nicht gewerkschaftlich orientierter Kolleg*innen unterscheiden könnten, durch weitere Forschungsergebnisse ergänzt werden, die über relevante ideologische Orientierungen Informationen bieten, die für die hier verfolgte Fragestellung relevant sind.

Zum Teil habe ich solche Umfrageergebnisse bereits in Kapitel 5.1 dargestellt. Ich werde mich deshalb in den folgenden beiden Kapiteln zunächst mit relevanten politischen Orientierungen auseinandersetzen, die in Einstellungs- und Milieuanalysen untersucht wurden (siehe Kap. 5.4.1), um mich anschließend mit Wahlorientierungen auseinander zu setzen (siehe Kap. 5.4.2). Dabei konzentriere ich mich auf die Potenziale einer links-ökologischen bzw. ökosozialistischen Politik.

Während ich mich im ersten Kapitel insbesondere der Frage widme, auf welche Einstellungs- bzw. Milieu- und Lagertypen das Projekt des Grünen Sozialismus sich beziehen könnte und müsste, kehre ich im zweiten Kapitel den Blick um. Ich gehe hier der Frage nach, wie welche sozialen Schichten bei den vorangegangenen Wahlen (bis ausschließlich 2021) abgestimmt haben. Dabei lege ich mein Hauptaugenmerk auf das Verhältnis zwischen den Projekten des antiökologischen Nationalradikalismus und des Grünen Sozialismus, die in der Vergangenheit insbesondere in Ostdeutschland um einen Teil der Anhängerschaft konkurrierten.

5.4.1 Wohlfahrtsstaatsansprüche: Einstellungstypen und politische Lager

Interessante Hinweise auf Einstellungen, an die die miteinander ringenden politischen Projekte anknüpfen können bzw. müssen, bieten z.B. die beiden 2017 veröffentlichten Studien »Was verbindet die Deutschen?« und »Einstellungen und soziale Lage«, die von Policy Matters im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erstellt wurden (siehe auch Kap. 5.1.1). Auf der Grundlage von Informationen über Erwartungen, die die Befragten an Markt und Staat hatten, wurden neun Typen verbreiteter Werthaltungen und Einstellungen zu zentralen Streitfragen in relevanten Politikfeldern gebildet¹⁷:

17 Empirische Grundlage waren 4892 Onlineinterviews (mit Menschen ab 18 Jahren), die im Frühjahr 2017 geführt wurden (Hilmer/Kohlrausch/Müller-Hilmer/Gagné 2017, 9). Gebildet wurden die Typen entlang von zwei Achsen: auf einer wurde die Haltung zu staatlicher Regulierung abgetragen (z.B.: soll die soziale Sicherung eher durch den Staat garantiert werden oder wird im Markt ein geeignetes Mittel gesehen?), auf der anderen ein Bündel von Einstellungen, die man am ehesten noch als Welthaltung bezeichnen könnte (z.B.: wird ein Nebeneinander von Kulturen in Deutschland befürwortet oder eher erwartet, dass sich Migrant*innen anpassen sollten?). Libertäre stehen hier autoritären Orientierungen gegenüber. Wichtig ist hinsichtlich der Typenbildung, dass die soziale Lage der Befragten in die Untersuchung mit einbezogen wurde, aber selbst für die Typenbildung nicht entscheidend gewesen ist. Teilweise sind Typenbezeichnungen irreführend. Beispielsweise wird für den Typus des »Abhängigen Prekarats« ausgewiesen, dieses umfasse 5 Prozent

Das Engagierte Bürgertum, die Kritische Bildungselite, die Konservativen Besitzstandswahrer, die Zufriedene Generation soziale Marktwirtschaft, die Verunsicherten Leistungsindividualisten, die Gesellschaftlichen Einzelkämpfer, die Desillusionierte Arbeitnehmermitte, die Missachteten Leistungsträger und das Abgehängte Prekariat (Müller-Hilmer/Gagné 2018, 11–13). Eingeordnet werden diese Typen in eine einfache Oben-Mitte-Unten Hierarchie, die auf einer Selbsteinschätzung der Befragten beruht:

Tabelle 41: Einstellungs- und Wertemustertypen in der gesellschaftlichen Ungleichheitshierarchie

Oben	Engagiertes Bürgertum Konservative Besitzstandswahrer Kritische Bildungseliten	37 Prozent der Wahlbevölkerung
Mitte	Zufriedene Generation Soziale Marktwirtschaft Verunsicherte Leistungsindividualisten Gesellschaftliche Einzelkämpfer Desillusionierte Arbeitnehmermitte	48 Prozent der Wahlbevölkerung
Unten	Missachtete Leistungsträger Abgehängtes Prekariat	15 Prozent der Wahlbevölkerung

Quelle: (ebd., 14)

Besonders offen für mehr staatliche Eingriffe und einen stärkeren Sozialstaat sind die Typen »das Abgehängte Prekariat«, die »Missachteten Leistungsträger« und die »Kritische Bildungselite«. Angehörige der *Kritischen Bildungselite* lassen sich sowohl hinsichtlich ihrer Einstellungen zu sozialen Themen wie zu kulturellen Fragen klar links verorten. Soziale Gerechtigkeit, Sozialstaatlichkeit und Solidarität ist diesen Menschen wichtig. Sie sind auch im ganz engen Sinne sozialkritisch, denn die wachsende »[...] Ungleichheit und eine wahrgenommene Vormachtstellung der Ökonomie bereitet ihnen große Sorgen.« (ebd., 24). Diese Gruppe spricht sich außerdem für »[...] eine offene, tolerante und liberalere Gesellschaft (aus) [...]« (Ebd.)

Die Demokratie an sich ist Angehörigen der Kritischen Bildungselite besonders wichtig – Angehörige der kritischen Bildungselite sind auch überdurchschnittlich häufig Gewerkschaftsmitglieder und messen der Gewerkschaftsbewegung eine große Bedeutung für die gesellschaftliche Entwicklung und die Wahrung von Beschäftigteninteressen bei. Zur Kritischen Bildungselite gehören insbesondere Menschen, die eine akademische Ausbildung machen konnten, in diesem Typus finden sich viele höhere Angestellte, auch Freiberufler*innen, Beschäftigte aus dem Öffentlichen Dienst, Menschen insgesamt, die oft in kulturellen und sozialen Berufen tätig sind. Häufig arbeiten sie aber auch prekär, weil sie befristet beschäftigt tätig sind und auf eine »unstete«

der Wahlbevölkerung. Aber allein über 20 Prozent der Erwerbsbevölkerung arbeiten zu Niedriglöhnen, die Anzahl der prekär Beschäftigten ist also um ein Vielfach höher. Oder: Ein »engagiertes Bürgertum« soll immerhin 18 Prozent der Wahlbevölkerung umfassen – aber was macht einen Befragten zum Repräsentanten des Bürgertums? Das Bürgertum, mit Marx oder Weber als Klasse verstanden, die Kapital besitzt, umfasst aber keine 18 Prozent der Wahlbevölkerung.

berufliche Entwicklung zurückblicken. Nicht selten sind sie für ihren ausgeübten Job überqualifiziert (ebd.).

2017 hätten Angehörige der Kritischen Bildungselite überwiegend links bzw. mitte-links gewählt. 31 Prozent hätten demnach für die LINKE optiert, 18 Prozent für die Grünen und 25 Prozent für die SPD. Die Grünen hatten gerade bei diesem Typus an Rückhalt verloren und wurden damals durch die LINKE an der Spitze der Beliebtheitsskala verdrängt. AfD, CDU und FDP zusammen erreichen hier gerade einmal 15 Prozent (ebd., 19). Mit Blick auf die in Kapitel 5.3 rekonstruierten Deutungsmuster innerhalb des gewerkschaftlichen Milieus bzw. unterschiedlicher Klassenteile ähneln diese Einstellungen am ehesten denen der Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen und der Unterströmung der Klimasozialen.

Die *Missachteten Leistungsträger* wünschen sich ebenfalls einen gut funktionierenden Sozialstaat. Sie kritisieren ebenfalls die Gesellschaft, dabei gehen sie von der Missachtung ihrer erbrachten Leistung aus, die weder durch soziale Anerkennung, noch durch angemessene Einkommen gewertschätzt wird (ebd., 10) Missachtete Leistungsträger sind an einer ausgleichenden und solidarischen Gesellschaft interessiert, in der vor bedrohlichen Marktkräften geschützt wird. Ihre Leistungsorientierung mündet insofern nicht im Individualismus. Gewerkschaften halten missachtete Leistungsträger etwa für wichtig. Sensibel sind sie gegenüber Menschen, die das Solidaritätsprinzip ausnutzen und den Eindruck erwecken keine Leistung bzw. keinen Beitrag bringen zu wollen. Sie kritisieren insbesondere »[...] mangelnde Durchlässigkeit, Ungleichheit und fehlenden Zusammenhalt.« (ebd., 36) Ihre solidarischen Orientierungen beschränken sich auf den Nationalstaat, internationale Hilfe wird überwiegend abgelehnt. Auch Migration wird eher abgelehnt, gegenüber der neuen Kultur, die Migrant*innen mitbringen, bestehen große Vorbehalte. Allerdings sind missachtete Leistungsträger nicht im eigentlichen Sinne autoritär oder politisch reaktionär, sehr wohl in ihrer Lebensorientierung aber sozialkonservativ. Dementsprechend wird Recht und Ordnung auch geschätzt (ebd.) Diese Sozialkritik geht Hand in Hand mit einer Kritik am politischen Betrieb.

»Politiker gelten als abgehobene und nicht unterscheidbare Elite. Dem politischen System und seinen Institutionen wird wenig vertraut: Korruption, mangelnde Meinungsfreiheit und mediale Kontrolle werden attestiert. Die Wirtschaft hält man zudem für zu einflussreich, die Arbeitnehmermitsprache für zu schwach. Im Umkehrschluss besteht eine deutliche Hinwendung zur direkten Demokratie, die den Volkswillen umsetzt. Politische Führung soll dabei nicht zu stark werden.« (ebd.)

In diesem Typus sind Menschen, die älter als 50 Jahre sind, deutlich übervertreten. Häufig sind sie auch bereits in Rente. Unter den Arbeitenden überwiegen Arbeiter*innen und Angestellte mit mittleren und einfachen Qualifikationen. Vielfach genießen sie nur eine geringe soziale Sicherheit, weil sie schlecht bezahlten Jobs nachgehen, oft haben missachtete Leistungsträger auch selbst Erfahrung mit Erwerbslosigkeit gemacht. Oft fürchten Angehörige dieses Typus auch die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung: »Beim Blick auf die Zukunft überwiegen Sorgen bezüglich Finanzen, Alterssicherung, Zukunft der Kinder und Kriminalität.« (Ebd.) Angehörige des Typus *Missachtete Leistungsträger*

ger bevorzugten 2017 deutlich das konservativ-liberale und das nationalradikale Projekt, aber es handelt sich weniger um eine konservative bzw. rechte Hochburg, sondern um einen »umkämpften Typus«. Während für die Unionsparteien, die FDP und AfD zusammen 47 Prozent dieses Typus optieren, wählen 40 Prozent mitte-links oder links. Zur AfD neigten 19 Prozent, zur LINKEN 13 Prozent. Etliche der beschriebenen Orientierungen ähneln denen, die ich im vorherigen Kapitel als typisch für die leistungsorientierten Sozialkonservativen herausgearbeitet habe.

Im sog. *abgehängten Prekariat* finden sich auch Menschen mit Fachausbildung wieder, anteilig sehr hoch ist aber der Teil der An- und Ungelernten. Besonders viele einfach qualifizierte Arbeiter*innen und Angestellte gehören zu diesem politischen Typus.

»Trotz teils unbefristeter Arbeitsverträge beklagt dieser Typ die größte berufliche Unsicherheit. Man arbeitet häufig in Betrieben ohne Betriebsrat. Zeit- und Leiharbeit sind ebenso virulent wie Arbeitslosigkeit. Berufliche Chancen sieht man weder im In- noch im Ausland.« (ebd. 38)

Als »umfassend frustriert« bezeichnen die Autor*innen die abgehängten Prekarier deshalb. Die wirtschaftliche Lage und deren Zukunft bewerten sie viel schlechter als die Angehörigen anderer Typen, es überwiegt die pessimistische Sicht möglicherweise den eigenen Lebensstandard langfristig nicht halten zu können (ebd., 39). Sie problematisieren die Alterssicherung, ihre eigene finanzielle Lage, Kriminalität in ihren eigenen Wohngebieten, die Zukunft der eigenen Kinder und auch die eigenen Arbeitsbedingungen (ebd.). Sie wünschen sich einen starken Sozialstaat und eine gemeinwohlorientierte Wirtschaft.

Das ausgeprägte Interesse an einem Staat, der absichert, der versorgt und der der Wirtschaft klare Grenzen setzt, geht Hand in Hand mit einer Unzufriedenheit über Ungleichheit und fehlenden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Befragte, die dem Typus des abgehängten Prekariats zugezählt werden, so attestieren die Autor*innen, fühlen sich besonders sozial verunsichert. Die politische Verarbeitungsweise, die hier verbreitet ist, stellt für politische Projekte, die an umfassender Solidarität orientiert sind, trotz der starken Sozialstaatsorientierung eine Herausforderung dar. Abhängte Prekarier sind stark antilibertär und auch antisolidarisch. Außerdem sind ethnozentrische und chauvinistische Haltungen gegenüber Migrant*innen und Ausländern stark verbreitet, sie überhöhen die eigene Nation, werten andere ab. Für ein eigenes, positives Gesellschaftsbild bleibt dabei im Endeffekt kaum mehr Raum.« (ebd., 38) Multikulturalität lehnen abgehängte Prekarier ab (ebd., 39). Sie engagieren sich politisch bzw. zivilgesellschaftlich eher kaum, sie suchen eher Schutz. Demokratischen Grundsätzen, so Müller-Hilmer und Gagné, wird nur »wenig Bedeutung zugeschrieben. Von den Parteien bzw. von Politiker*innen sind sie deshalb auch »durchweg enttäuscht.« Die Politiker gelten demnach als abgehobenes Establishment hinter demokratischer Fassade [...], die deutsche Demokratie gilt als dysfunktional.« (ebd., 38) Eigentlich »[...] wünscht man sich [...] das Durchgreifen einer autoritären, starken Führung gegen das ungeliebte repräsentative System.« (Ebd.)

Für ein politisches Projekt, das versucht mehr Solidarität zu ermöglichen, mehr Demokratie durchzusetzen und für ein Miteinander verschiedener Ethnien und Kul-

turen sich einsetzt, sind diese Haltungen des abhängigen Prekariats wahre Stolpersteine. Entsprechend an Rückhalt gewonnen hat in diesem Typus die AfD. Einzelne der beschriebenen typischen Haltungen erinnern an Eigenschaften des Sozialrebellischen Nationalismus und des Exklusiven Sozialpopulismus, insbesondere die Anti-Establishmenthaltung und skeptische oder gar ablehnende Haltungen gegenüber der Einwanderung. Das gilt insbesondere für den Sozialrebellischen Nationalismus. Aber es gibt möglicherweise auch wichtige Unterschiede. Denn beim Sozialrebellischen Nationalisten Karl dominierte die Innen-Außenspaltung, war die nationalidentitäre Opfererzählung derart stark in seinen Deutungen, dass ausgeprägte Sozialstaatsorientierungen eigentlich nicht ausgedrückt wurden.

Tabelle 42: Die Sozialstaatsmilieus und Parteivorlieben

	Union	FDP	AfD	SPD	Grüne	LINKE
Kritische Bildungselite (9 %)	9	4	2	25	18	31
Abhängiges Prekariat (5 %)	22	3	39	19	3	9
Missachtete Leistungsträger (10 %)	25	3	19	20	7	13
Engagiertes Bürgertum	37	11	2	24	15	8
Zufriedene Generation Marktwirtschaft	41	10	9	25	8	5
Desillusionierte Arbeitnehmermitte	31	13	12	20	4	13
Konservative Besitzstandswahrer	39	17	18	14	6	1
Verunsicherte Leistungsindividualisten	35	11	19	16	6	8
Gesellschaftsferne Einzelkämpfer	35	13	17	18	7	5

Quelle: (ebd., 22–40)

Zwischen Regulierungs- und Marktaffinität rangiert mittig die sog. »desillusionierte Arbeitnehmermitte«. Zu diesem Typus gehören überdurchschnittliche viele 50–59-Jährige, die eher einfache qualifiziert sind. Auch hier sind Arbeiter und Angestellte eher typisch, die in technischen Bereichen oder der Industrie arbeiten. Sie sind eher leistungsbereit, zugleich erwarten sie aber auch staatlichen Schutz. Einer gewinnorientierten Marktgemeinschaft stehen desillusionierte Arbeitnehmer durchaus wohlwollend gegenüber – gleichzeitige fordern sie eine sozial gerechtere Gesellschaft, finden es legitim, wenn staatliche Sozialleistungen bezogen werden und wünschen sich gleichwertige Lebensbedingungen. Deshalb ist der Staat ihres Erachtens auch dazu berechtigt Unternehmen klare Vorgaben zu machen (ebd., 34). Desillusioniert sind Angehörige dieses Typus, weil in ihren Augen weder ihre Leistungsbereitschaft angemessen entgolten, noch ihr Wunsch nach kollektivem, sozialstaatlichem Schutz erfüllt wird. Zudem sind sie frustriert von den etablierten Parteien, »[...] Politiker werden überdurchschnittlich oft als abgehobenes Establishment hinter einer demokratischen Fassade betrachtet.« (Ebd.) Gewünscht ist aber nicht mehr Demokratie, sondern »[...] starke und zügige politische Führung, die sich ggf. plebisztär auf den Volkswillen beruft.« (Ebd.)

Desillusionierte Arbeitnehmer gehören sozial eher zur Mitte. Aber Unsicherheitserfahrungen sind aufgrund von früherer Teilzeitarbeit, Befristungen oder Erwerbslosigkeit durchaus bekannt. Die wirtschaftliche Lage sieht man »[...] eher negativ und sorgt sich besonders um die zukünftige Entwicklung.« (ebd., 35) Auch Angehörige der desillusionierten Arbeitnehmermitte lehnen die multikulturelle Gesellschaft ab, Sorgen bereitet ihnen Kriminalität, Terrorismus, aber auch ihre eigene finanzielle Lage als zukünftige Rentner. Ihre Haltung gegenüber anderen Menschen gegenüber, so die Autor*innen, ist insgesamt nicht durch Offenheit gekennzeichnet. Das Leben wird eher als ständiger Kampf empfunden. Gegenüber anderen Menschen ist man misstrauisch und zeigt wenig Bereitschaft zur Empathie. »Konservativ bis autoritär gestaltet sich auch die Haltung zu Minderrechten und Geschlechterrollen.« (ebd., 34) Religiosität und Glaube sind durchaus wichtige Werte, Migration wird als Bedrohung betrachtet:

»Man fühlt sich gegenüber Ausländern benachteiligt, fordert mehr Rechte für die angestammte Bevölkerung und zeigt [...] nur geringe Offenheit gegenüber Flüchtlingen. Man wünscht sich häufiger einen Zuwanderungsstopp, fordert eine deutsche Leitkultur ein, da man sich zusehends fremd im eigenen Land fühlt. Es wird Nationalbewusstsein im tradierten Sinn eingefordert, das mit einer chauvinistischen Einstellung, der Forderung nach hohen Zugangsbarrieren für Migration und NS-Relativierung einhergeht. Man will, dass Deutschland seine Interessen auch international ungezügelt durchsetzt, weshalb man der EU eher skeptisch gegenübersteht.« (ebd.)

Während desillusionierte Arbeitnehmer also mit der Demokratie unzufrieden sind, sich mehr soziale Gerechtigkeit wünschen und staatliche Absicherung erwarten, sind sie gesellschaftspolitisch deutlich konservativ. Das gilt nicht nur für ihre Haltung zu Migration, sondern auch zu Leistung und Demokratie. Gerade Leistungsbereitschaft, das Interesse an einem schützenden Staat, aber auch die Aufgeschlossenheit gegenüber der Marktwirtschaft, erinnert an das Deutungsmuster der (Enttäuschten) Sozialliberalen und der Leistungsbereiten Sozialkonservativen. Nicht zuletzt das Interesse an einer strafenden Sozialpolitik gegenüber imaginären faulen Erwerbslosen, das Sozialkonservative haben, lässt sich auch als autoritärer Zug deuten. Ähnliches gilt für die Abgrenzung gegenüber Migrant*innen. Bei den Sozialliberalen fehlen, wie gesagt, gerade diese Prägungen. Sie sind weniger konservativ und autoritär als auf Gegenseitigkeit bedacht und aufgeschlossen gegenüber Einwanderung (wenn auch nicht bedingungslos).

Auf die Einstellungstypen, die deutlich marktorientiert sind, möchte ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen. Für ein politisches Projekt, das den Sozialstaat im Rahmen eines linken Green New Deals ausbauen und reformieren möchte, müssen sie nicht alle als Gegner gelten. Sie gehören aber sicherlich eher zum Gegenüber als zur potenziellen sozialen Basis einer entsprechenden Sozialstaatskoalition. Eine mögliche politische Basis für eine expansive Sozialstaatspolitik können im Kern die vier Typen kritische Bildungselite, missachtete Leistungsträger, abgehängtes Prekariat und – deutlich schwächer – desillusionierte Arbeitnehmermitte bilden. Zusammen machen sie 24 Prozent

der Befragten aus. Die stärksten Solidaritätsorientierungen finden sich in der kritischen Bildungselite, besonders starke Gemeinwohlorientierungen im abhängigen Prekariat. Sozialpolitisch sind zwischen beiden Typen starke Brückenschläge möglich, allerdings widersprechen sich die gesellschaftspolitischen Orientierungen. Das gilt nicht nur mit Blick auf die jeweiligen Haltungen zu Migration, sondern – wenn auch ambivalenter – gegenüber der Demokratie. Brücken sind auch möglich zu den missachteten Leistungsträgern und zur desillusionierten Arbeitnehmermitte, wenngleich hier Leistungs- und Marktorientierungen deutlich ausgeprägter sind. Auch hier dominieren eher konservative gesellschaftspolitische Vorstellungen, dies betrifft insbesondere die Haltung zu Migration, zum Teil auch zur Demokratie.

Sozialstaatsorientierte Milieus und politische Lager

Wichtige Einsichten in grundlegende Werthaltungen, Interessengeflechte und (sozial-)politische Orientierungen lassen sich aus den Forschungsergebnissen einer Wissenschaftlergruppe um Michael Vester ziehen. Die erstmalig 1993 publizierten Ergebnisse einer umfangreichen milieusoziologischen Studie (Vester u.a. 2001) aktualisierte Vester für eine kritische Auseinandersetzung mit den politisch-sozialen Grundlagen des neueren Rechtspopulismus (Vester 2017). Laut Vester teilt sich die Gesellschaft nicht nur in soziale Milieus, vielmehr bilden sich aus diesen Milieus bzw. aus Teilen dieser Milieus aufgrund politischer Auseinandersetzungen politische Lager (siehe Kap. 2.4). Ist ein Lager erst einmal entstanden, hat es in der Regel auch länger Bestand. Lager bilden sich, so die Annahme von Vester und Co. infolge von grundlegenden politischen Auseinandersetzungen und bestehen aus Angehörigen verschiedener sozialer Milieus (Vester/von Oertzen/Geiling/Hermann/Müller, Dagmar 2001, 186–187).

In der Cleavagetheorie, auf die sich die Hannoveraner Soziolog*innen bezogen haben, wird von sog. sozialkulturellen Spaltungslinien (Lipset/Rokkan 1967, 26) gesprochen, die eine Art politisierte Frontlinien innerhalb der Gesellschaft bilden. Beteiligt sind daran immer schon politische Organisationen. Jede derartige politisierte und mobilisierende Spaltung stellt Verbindungslienien her zwischen den sozialen Bedingungen, unter denen Menschen handeln, ihrem Bewußtsein und dem politischen Handeln (Bartoloni 2000, 19). Die Spaltungslinien können sozial-materielle (z.B. Klassenspaltung in Oben-Unten), aber auch religiöse (z.B. die Spaltung zwischen Protestant*innen und Katholik*innen) usw. sein.

Drei von Michael Vester rekonstruierte Lager sind besonders affin für eine sozial, demokratisch und ökologisch orientierte Reformpolitik: die sogenannten Sozialintegritiven (13 % der Wohnbevölkerung), die Radikaldemokrat*innen (11 %) und die Skeptisch-Distanzierten (20 %). Im Lager der Resignativ-Autoritätsgebundenen (13 %), zu dem insbesondere auch Angehörige der unteren sozialen Milieus gehören, werden ebenfalls soziale Reformansprüche sichtbar, politisch ist es aber eher rechtspopulistisch orientiert. Gemeinsam ist den drei erstgenannten Lagern, zu denen rund 44 Prozent der Wohnbevölkerung über 14 Jahre zählen, eine Orientierung an Gleichberechtigung, sozialem Ausgleich und demokratischer Beteiligung, wenn auch in ungleichem Maß. Dabei unterscheiden sich die Lager allerdings nicht nur danach, welchen Stellenwert zum Beispiel Demokratie- und Beteiligungsansprüche, Sorgen vor Zuwanderung oder Ansprüche an

soziale Gerechtigkeit für sie spielen; sie setzen sich schwerpunktmäßig auch aus unterschiedlichen Berufsgruppen bzw. sozialen Milieus zusammen.

Die Sozialintegrativen streben nach politischer Gleichstellung (für alle Menschen) und setzen sich zudem für postmaterielle Ziele¹⁸ (etwa für Gleichberechtigung und Toleranz) ein, aber auch für »soziale Gleichstellung und Integration aller, nicht zuletzt auch für Arbeitnehmer und Unterprivilegierte« (Vester 2017, 22). Dieses Lager ist, wie auch das der Radikaldemokrat*innen, infolge der sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre entstanden. Diese progressive-solidarische »Arbeitnehmermitte«, die 13 Prozent der Bevölkerung zählt, steht insofern grundlegend für soziale Gerechtigkeit, verstanden als Verteilungsgerechtigkeit. Besonders stark vertreten sind in diesem Lager moderne Angestelltenberufe, etwa aus dem Bereich der Büro-, Verwaltungs-, Medizin- und Erziehungsberufe (ebd., 23). Ohne nähere Angaben zu den genauen Tätigkeiten zu kennen, denen Befragte nachgingen, kann angenommen werden, dass es sich zum Teil um Angehörige der neuen lohnabhängigen Mittelklasse, zum Teil um Angehörige der Arbeiter*innenklasse handelt (ebd.). Menschen aus diesem Lager engagieren sich, allerdings nicht in erster Linie politisch, sondern eher sozial.

»Das Gesellschaftsbild ist egalitär und von moralischen Gerechtigkeitsvorstellungen geprägt. Alle Menschen sollen die gleichen Chancen für ein Leben nach ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten haben, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht oder ihrer sozialen und ethnischen Herkunft. Wie auch die Gruppe der Radikaldemokraten verurteilen die Sozialintegrativen ausländer- oder frauenfeindliche Chauvinismen und erstreben die Aufhebung bestehender Benachteiligungen.« (ebd.)

Eingebettet sind diese Orientierungen in eine »Perspektive von unten«, in eine ausgeprägte »Arbeitnehmer- und Sozialstaatsorientierung«. Der Staat sollte Schwächeren absichern. Wenn es ein Lager gibt, auf das sich ein links-ökologisches Projekt stützen kann, dann dürfte es das der Sozialintegrativen sein. Denn neben die soziale tritt eine grundlegend demokratische Orientierung, der zufolge sowohl innerhalb der Politik als auch innerhalb des Arbeitslebens Prinzipien der Selbstorganisierung durchgesetzt werden sollten. Diese Beteiligungs- und Mündigkeitshaltung geht Hand in Hand mit einer Distanz gegenüber der Berufspolitik. Dies wird allerdings nicht autoritär begründet, Politik – sie

¹⁸ Vester und andere greifen auf die Formulierung »materielle« und »postmaterielle« Interessen oder Ziele zurück, um etwa Lohninteressen (materiell) von Interessen an Gleichberechtigung zu unterscheiden. Das kann sinnvoll sein, um einen Unterschied deutlich herauszustellen. Manchmal – nicht im Fall von Michael Vester – suggeriert diese Unterscheidung aber auch, dass die postmateriellen Interessen keinen stofflichen, handfesten Kern haben. Das ökologische Interesse am Erhalt unserer Lebensgrundlagen etwa (oft als postmateriell bezeichnet) ist besonders stofflich und materiell, wurzt es doch im und zielt es doch auf das gesellschaftliche Naturverhältnis der Menschen, das in den Produktionsverhältnissen enthalten ist. Oder: Am Interesse von Frauen an sexueller und wirtschaftlicher Gleichberechtigung ist nichts jenseits des Materiellen – was gibt es Stofflicheres als die Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigenen Lüste? Und ist das Interesse an gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen, Bildungs- und Aufstiegschancen nicht sehr materiell?

ist »insbesondere mit einer hohen Zustimmung zur sozialstaatlichen und gewerkschaftlichen Solidarität und zur basisdemokratischen Partizipation verbunden« (ebd., 24).

*Im politischen Lager der Radikaldemokrat*innen vereinen sich verschiedene links orientierte hochqualifizierte Menschen. Angehörige dieses Lagers sind wenig sensibel gegenüber sozialer Ungleichheit¹⁹ sowie Benachteiligung und verfolgen stärker postmaterielle und demokratische Zielsetzungen.*

Im radikaldemokratischen Lager, das etwa 11 Prozent der Bevölkerung ab 14 Jahren zählt, sammeln sich – in Vesters Terminologie – insbesondere Angehörige akademisch gebildeter Oberschichtenmilieus. Viele arbeiten überwiegend als qualifizierte leitende Angestellte und Beamt*innen, aber auch freie Berufe sind überdurchschnittlich vertreten. Deutliche Schwerpunkte finden sich in den Bildungs- und Erziehungsberufen, innerhalb der technischen Intelligenz, im Bereich der Kunst- und Kulturvermittlung, der Rechts- und Sicherheitsberufe sowie der Medizinberufe (ebd., 24f.). Tendenziell lassen sich die Radikaldemokrat*innen insofern mehrheitlich der oberen lohnabhängigen Mittelklasse zuordnen. Politisch interessiert sind sie insbesondere an sogenannten postmateriellen Zielsetzungen, etwa an gleichen Rechten und Teilhabemöglichkeiten. Sie »bekannten sich zu einer offenen multikulturellen Gesellschaft und verurteilten wohlstandsschauvinistische und ausländerfeindliche Haltungen scharf« (Ebd.). Gleichzeitig grenzten sie sich in diesem Zusammenhang von rücksichtsloser sozialer Konkurrenz ab, wodurch Anknüpfungspunkte für sozial progressivere Kräfte bleiben:

»Gegenüber dem rücksichtslosen wirtschaftlichen Konkurrenzkampf sozialdarwinistischer Art bekannte sie sich zu dem Ideal des Schutzes der sozial Schwächeren. Gegenüber der Vorstellung, soziale Unterschiede seien über Leistungen legitimiert, verweisen sie auf die bestehenden Chancenungleichheiten in der Gesellschaft, insbesondere auf die Benachteiligungen von Frauen und Zuwanderern, also Benachteiligungen aufgrund leistungsfremder Merkmale. Insgesamt war allerdings die Einstellung zum Leistungsprinzip durchaus zwiespältig: Obwohl sie sich gegen die Leistungsidealologie aussprachen, problematisierten sie nur wenig die bestehenden beruflichen Hierarchien – und damit ihre eigenen gutschätzten Positionen darin – und die Probleme niedriger Arbeitnehmerpositionen. Ihre hohe Sensibilität für die sogenannten ›neuen sozialen Ungleichheiten‹ korrespondiert mit einer gewissen Blindheit für ›alte soziale Ungleichheiten‹. Die Belange der Arbeitnehmer traten in den Hintergrund und wurden von ihnen nicht mit derselben Entschiedenheit unterstützt wie etwa die Interessen von Frauen oder von ethnischen Minderheiten.« (ebd., 26)

Die Skeptisch-Distanzierten sind eigentlich kein eigenes politisches Lager. Vielmehr wird damit eine feste Haltung bezeichnet, die sich in verschiedenen Milieus findet. Die Angehörigen dieses Nicht-Lagers machen beinahe 20 Prozent der Bevölkerung aus. Insbesondere Facharbeiter*innen und Fachangestellte finden sich hier. Zugenommen hatte zum Zeitpunkt der damaligen Befragung allerdings bereits der Anteil der Beamt*innen. Stärker als im Bevölkerungsdurchschnitt finden sich hier technisch-industrielle Berufe und Beschäftigte aus dem Bereich Handel, Banken und Versicherungen (ebd., 28). Insofern lässt sich mutmaßen, dass sich hier Teile der Arbeiterklasse und Teile der unteren

¹⁹ Die Befunde zur kritischen Bildungselite,

lohnabhängigen Mittelklasse sammeln. Gegenüber der etablierten Politik dominiert eine Art »kompromisslose Distanz«, ebenfalls von den hier vertretenen Ideologien (ebd., 27) Allerdings ist dies nicht im Sinne einer grundsätzlichen Apathie misszuverstehen. Skeptisch-Distanzierte engagieren sich, allerdings eher sozial und im Alltagsleben. »Sie vertreten dort das praktische Sozialmodell der Solidarität auf Gegenseitigkeit, das hohe Leistung durch Teilhabe am Wohlstand und sozialer Sicherheit belohnt.« (ebd., 28) Skeptisch-Distanzierte hängen weder einer neoliberalen Ellenbogenideologie an, noch sind sie grundsätzliche Unterstützer*innen einer sichernden oder gar umverteilenden Sozialpolitik. Verbreitet sind in diesem Lager eine »[...] teilweise polemische und teilweise resigniert-illusionslose Wahrnehmung der Gesellschaft, in der sich nach ihrer Auffassung die Stärksten durchsetzen.« (ebd., 29) Während sie wohlstandschauvinistische Ressentiments gegenüber Migrant*innen ablehnen, finden sich Reste von Vorbehalten gegen Gleichstellungsansprüchen von Frauen in Politik und Erwerbsleben (ebd., 29f.).

Von besonderer Relevanz für ein politisches Projekt, das verschiedene Klassenteile für eine neue Sozialstaatskoalition gewinnen möchte, ist das das sogenannte *resigniert-autoritätsgebundene Lager*, weil sich hier Angehörige aus traditionellen unteren und mittleren sozialen Milieus sammeln: überwiegend die sogenannte untere Arbeitnehmermitte und in geringerem Maß die gehobene Mittel- und Oberschicht (ebd., 16). Überdurchschnittlich häufig arbeiten Angehörige dieses Lagers als ausführende Angestellte, 1991 war rund ein Viertel von ihnen als angelernte Arbeiter*innen bzw. als Vor- und Facharbeiter*innen beschäftigt. Wichtig ist für dieses Lager, das auf die untere Mittelschicht und die Unterschicht der alten Industriegesellschaft zurückgeht und etwa 13 Prozent der Wohnbevölkerung zählt, das Eintreten für soziale Sicherung durch einen starken Sozialstaat (ebd., 15). Laut Vester handelt es sich bei diesem Lager um eines der beiden großen Reservoirs von Wählerstimmen für rechtspopulistische Kräfte. Allerdings ist die Skepsis gegenüber Migrant*innen bzw. Zuwanderung in diesem Lager nicht aggressiv-autoritär und rassistisch motiviert.

»Sie wurzelt in der Erfahrung als strukturell Benachteiligte und in dem entsprechenden Wunsch nach staatlichem Schutz vor sozialer Unsicherheit und auch vor zu viel Konkurrenz von Zuwanderern um die Arbeitsplätze und sozialen Leistungen.« (ebd., 15f.)

Stabilität gewinnen Resigniert-Autoritätsgebundene, indem sie sich auf eher konservative Orientierungen zurückziehen:

»Dazu gehört das beharrliche Festhalten an traditionellen Werten, an einer konventionellen Familienzentrierung und an der traditionellen Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen.« (ebd., 17)

Charakteristisch ist darüber hinaus eine politische Haltung, die resignativ anmutet, Enttäuschung über das politische Establishment spielt eine wichtige Rolle. Die implizite Kritik an Politik und Politiker*innen ist – anders als bei den Sozialintegrativen – nicht

unbedingt demokratisch und solidarisch motiviert; in ihr drückt sich gleichwohl eine Art von Klasseninstinkt aus:

»Auch mit diesen Einstellungen wurde vermutlich etwas abgefragt, was immer schon da war: das Wissen der ›kleinen Leute‹, dass ›Politik nichts für unsereins‹ ist (dass man da nicht aktiv mitmacht). Dazu gehört auch das Wissen, dass die einen Politiker einem näher sind als die anderen, und so etwas wie ein ausgeprägter ›Klasseninstinkt‹: dass man ›die anderen‹ nicht wählt. Im Laufe der Jahre hat sich offenbar das Gefühl entwickelt, dass es ›den Politikern nur um die Stimme‹ gehe und sie nur vor Wahlen auftauchten.« (ebd., 18)

Fazit

Die bisher diskutierten Befunde geben Auskunft über verbreitete Haltungen zu (Un-)Gleichheit, Sozialstaat und Demokratie, aber auch zu (Im-)Migration. Rückt man die Ansprüche an einen starken Sozialstaat und die Kritik an Ungleichheit in den Vordergrund, zeigen die beiden diskutierten Studien eine Reihe von Einstellungstypen und Lager auf, auf die sich ein links-ökologisches Projekt beziehen könnte. Diese habe ich in der folgenden Tabelle in einem vereinfachten Unten-Mitte-Oben-Schema zusammengefasst²⁰.

Tabelle 43: Die mögliche Basis (Typen/Lager) eines links-ökologischen Projektes

	Einstellungstypen	Lager
Oben	Kritische Bildungselite	Radikaldemokrat*innen
Mitte	Desillusionierte Arbeitnehmermitte	Sozialintegrative Skeptisch-Distanzierte
Unten	Missachtete Leistungsträger Abgehängtes Prekarität	Resignativ-Autoritätsgebundene

Quelle: Eigene Darstellung

Allerdings unterscheiden sich diese Typen bzw. Lager beträchtlich hinsichtlich ihrer Solidaritätsbereitschaft Erwerbslosen gegenüber und in ihren Haltungen gegenüber Einwander*innen, Asylsuchenden und Menschen mit Migrationshintergrund. Das habe ich in einer weiteren Tabelle veranschaulicht. Inklusive Solidarität steht für weitreichende Solidaritätsorientierungen, die nicht durch klare Grenzziehungen gegen Migrant*innen und/oder Erwerbslose gekennzeichnet sind. Die exklusive Solidarität bezeichnet das genaue Gegenteil²¹, eine durch derartige Abgrenzungen klar

20 Zu bedenken ist: Lager setzen sich aus Angehörigen verschiedener sozialer Milieus zusammen. Wenn etwa das Lager der Radikaldemokrat*innen ins gesellschaftliche Oben einsortiert wird, sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass sich hier auch prekär Beschäftigte oder Menschen mit mittleren Berufsabschlüssen finden.

21 Zum Begriff der exklusiven Solidarität siehe Dörre 2013 sowie Zeuner/Gester/Fichter/Kreis/Stöss 2007.

eingeschränkte Solidaritätsorientierung. Von ambivalenter Solidarität kann gesprochen werden, wenn einschränkende Abgrenzungen vorkommen, aber nicht unbedingt dominant sind.

Tabelle 44: Einstellungstypen und Lager sortiert nach Solidaritätsorientierung

	Einstellungstyp	Lager
Inklusive Solidarität	Kritische Bildungselite	Radikaldemokrat*innen Sozialintegrative
Ambivalente Solidarität	-	-
Exklusive Solidarität	Abgehängtes Prekariat Desillusion. Arbeitnehmermitte Missachtete Leistungsträger	Resigniert-Autoritätsgebundene

Quelle: Eigene Darstellung

5.4.2 Wähler*innenorientierungen

Im vorherigen Abschnitt habe ich Orientierungen in sozialen Milieus und politischen Lagern diskutiert, die – aufgrund einer oder mehrerer Gründe – potenzielle Teile einer gesellschaftlichen Allianz sein könnten, auf die sich ein links-ökologisches Projekt stützen könnte. Als Herausforderung habe ich in diesem Zusammenhang fremdenfeindliche, gesellschaftspolitisch konservative und autoritäre Haltungen benannt, die es in einigen dieser Milieus auch oder in besonderem Maße gibt. Insbesondere das sog. Prekariat, so legen es die oben dargelegten Befunde nahe, ist demnach ein Milieu, das ansprechbar ist für das nationalradikale Projekt, in ähnlicher Weise, wenn auch schwächer, gilt das für die »missachteten Leistungsträger« und die »desillusionierte Arbeitnehmermitte«.

Ich möchte nun die Perspektive wechseln. Standen bisher – in einem breit verstandenen Sinne – das Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein bzw. die Sozialstaatsorientierungen im Mittelpunkt, die in verschiedenen Teilen der populären Klassen verbreitet sind (siehe Kap. 5.2, 5.3 und 5.4.1), geht es nun explorativ um Parteipräferenzen, die sich indirekt, vermittelt über die verschiedenen Ankerparteien, auf die drei genannten politischen Projekte beziehen. Legt der Blick auf die Deutungsmuster und Einstellungen Problemrohstoffe und politische Orientierungen frei, auf die die verschiedenen Projekte reagieren müssen, wenn sie gesellschaftliche Allianzen schmieden wollen, geht es nun um die tatsächlichen Präferenzen, wie sie sich in den vergangenen Wahlen gezeigt haben²².

22 Die Daten stammen etwa aus den letzten 7 Jahren, man könnte also einwenden, dass sie nicht aktuell sind. Allerdings ist der Kampf um Wähler*innenkoalitionen und um Anhänger*innen in verschiedenen Teilen der gesellschaftlichen Klassen ein Prozess – ein Blick zurück ermöglicht also Entwicklungen zu erfassen. Im Großen und Ganzen werde ich im Weiteren auf Ergebnisse der Wahl- und Parteienforschung im engeren Sinne (inklusive der Publikationen praxisnaher Stiftungen) zurückgreifen. Dabei ist der Hinweis wichtig, dass in der Wahlforschung häufig sehr grobe Einteilungen vorgenommen werden – ganz zu schweigen davon, dass diese nicht klassentheo-

Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt: Wen wählen welche sozialen (Einkommens- und Bildungs-)Schichten bzw. Milieus (siehe Kap. 5.4.2.1)? Da das links-ökologische und das nationalradikale Projekt miteinander um bestimmte Milieus konkurrieren, ist schließlich die Frage zu beantworten, weshalb rechts gewählt wird (siehe Kap. 5.4.2.2). In diesem Zusammenhang geht es also um Wahlmotive und dafür relevante Einstellungen. Notwendigerweise stehen abschließend nun Parteien im Vordergrund, auch wenn sich politische Projekte mitnichten auf Parteien reduzieren lassen. Zum nationalradikalen Projekt gehören z.B. auch Bewegungsakteure (z.B. Pegida, rechte Friedensmahnwachen) und Zeitschriftenprojekte wie Compact oder die Sezession, im Weiteren geht es allerdings um die AfD. Dasselbe gilt für das links-ökologische Projekt, deren Akteure sich in sozialen Bewegungen, in Gewerkschaften oder gar – randständiger – in der SPD und den Grünen finden, im Zentrum wird allerdings als »Ankerpartei in der Krise« DIE LINKE stehen. Insbesondere in ihren regionalen Hochburgen in Ostdeutschland hat DIE LINKE in der Vergangenheit in größerem Maße Wähler*innen an die AfD verloren (Brenke/Kritikos 2020, 307). Laut einer Nachwahlstudie des DIW hatten von der gesamten Wählerschaft der AfD, die die Partei 2017 gewinnen konnte, 2013 noch 10 für DIE LINKE gestimmt – 28 Prozent für die CDU/CSU und 12 Prozent für die SPD. Von allen Wähler*innen hingegen, die 2013 noch DIE LINKE gewählt hatten, wählten 2017 13 Prozent nun die nationalradikale Partei (ebd., 302).

Wer wählt wen?

Der AfD ist es als Ankerpartei des Projektes des antiökologischen Nationalradikalismus in der Vergangenheit gelungen vermehrt Wähler*innen zu gewinnen, die erwerbslos sind oder als Arbeiter*innen beschäftigt werden. Innerhalb der Anhängerschaft (siehe oben) der AfD stellen abhängig Beschäftigte den überwiegenden Teil dar. Es wäre aber falsch in der AfD eine Partei zu sehen, die überwiegend bzw. in erster Linie von Angehörigen der untersten Einkommens- und Bildungsschichten gewählt werden. Auch mittlere und höhere Beschäftigengruppen spielen eine wichtige Rolle.

»Die Verteilung über diverse Berufskategorien zeigt, dass eine große Gruppe von AfD-Wähler*innen aus einfachen bis gehobenen Berufen der Arbeiterschicht stammt und eine weitere Gruppe, deren Anteil an AfD-Wähler*innen deutlich über dem Stimmenanteil der AfD liegt, sich aus dem Kreis der einfachen und mittleren Beamten speist.« (Pickel 2019, 154)

retisch hergleitet sind. In der Wahlforschung wird Wahlverhalten häufig nach Angestellten, Arbeitern, Beamten etc. unterschieden. Ob Angestellte aber zur Arbeiter*innenklasse gehören – Beschäftigte aus Dienstleistungssektoren, auch beispielsweise aus Supermärkten, gehören dann zu »den Angestellten«, genauso wie leitende Angestellte – ist daraus gar nicht ersichtlich. Eine andere Einteilung erfolgt nach Einkommen. Aber auch Einkommensschichten sagen wenig über die Klassenposition aus. In Einkommensschichten, manchmal sehr groß angelegt, zwischen 2000 und 3500 Nettoeinkommen, werden dann genau so Facharbeiter*innen bei Bosch fallen wie Akademiker*innen in Forschungseinrichtungen. Und dennoch lassen sich die Befunde als Indizien nutzen, um ein ergänzendes Bild der gesellschaftlichen Blöcke zu umreißen, wenn auch nicht fein zu zeichnen.

Für das erste Quartal des Jahres 2016 haben Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter ausgewiesen aus welchen sozialen Lagen sich die Wählerschaft der AfD damals zusammensetzt. Zu Grunde lagen Wahlbefragungen, die Basis der Darstellung bildeten also Wahlabsichten. 53 Prozent derjenigen, die Anfang 2016 angaben die AfD wählen zu wollen, waren Angestellte, 55 Prozent verfügten über einen mittleren Bildungsabschluss. 26 Prozent waren Arbeiter*innen, 7 Prozent Beamte und 14 Prozent Selbständige (Niedermayer/Hofrichter 2016, 272)²³.

Wechselt man die Grundgesamtheit und fragt, ein wie großer Teil der Befragten jeder ausgewiesenen sozialen Lage sich vorstellen könnten die AfD zu wählen, ergibt sich ein etwas anderes Bild: 18 Prozent der Arbeiter*innen, 10 Prozent der Angestellten, 12 Prozent der Beamten und 13 Prozent der Selbständigen beabsichtigten ihre Stimme der AfD zu geben. Bei denen mit hohen Bildungsabschlüssen waren es 8 Prozent, bei denen mit mittleren 13 und bei denen mit niedrigen Abschlüssen 9 Prozent (ebd., 271). Eine Partei der »Abgehängten«, wie es zuweilen heißt, scheint die AfD zu diesem Zeitpunkt aber nicht gewesen zu sein. Kumulierte Auswertungen von Erhebungen, die zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2016 durchgeführt wurden, zeigen,

»dass die AfD-Anhänger verglichen mit allen Wahlberechtigten über ein überdurchschnittliches Haushaltseinkommen verfügen. Zudem beschreiben etwa vier Fünftel der AfD-Anhänger in einer Umfrage vom März 2016 ihre wirtschaftliche Situation als ›sehr gut‹ oder ›gut‹« (ebd., 273)

Daten sowohl über die Wählerschaft der AfD als auch der anderen Parteien findet man in einer Arbeit, die im Frühjahr 2018 von den Göttinger Politolog*innen Verena Hambauer und Anja Mays in der Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft veröffentlicht wurde (Hambauer/Mays 2018)²⁴. Ich werde die m.E. relevanten sozialdemographischen Zusammenhänge hier tabellarisch zusammenfassen und kommentieren. Zum Teil handelt es sich, ausgehend von den im Artikel ausgewiesenen Daten (ebd., 139f.), um eigene Umrechnungen²⁵. Unter anderem wurden die Interviewten gefragt, welche Partei sie bei den Bundestagswahlen 2017 wählen würden.

Von den jeweiligen voraussichtlichen Wähler*innen der jeweiligen Parteien waren nach Selbstauskunft demnach:

23 Für 2016 wird N mit 8886 ausgewiesen.

24 Die Datenbasis bilden Untersuchungen, die für das German Longitudinal Election Study (GLES) durchgeführt wurden. Zeitraum: 03. bis 17. Juni 2016. Es waren standardisierte Onlinebefragungen. Die Grundgesamtheit bestand aus 1023 Interviews.

25 Das war möglich, weil die absoluten Zahlen tabellarisch mit angegeben wurden.

Tabelle 45: Soziale Struktur der voraussichtlichen Parteiwählerschaft

	AfD	LINKE	Union	FDP	SPD	Grüne
Arbeiter	27,1	16,7	8,4	1,9	20	10,4
Angestellte	52,9	71,2	67,7	64,8	67,8	72
Beamte ²⁶	9,4	1,5	11	14,8	8,7	4,8
Selbständige	7,1	6,1	8,4	13	2,6	8,8
<hr/>						
<i>Bildung</i>						
Gering	33,3	20,5	23,8	16,0	30,3	20,1
Mittel	41,0	44,3	38,8	28,4	30,9	33,7
Hoch	25,6	35,2	37,4	55,6	38,9	46,2
<hr/>						
<i>Nettoeinkommen in Euro</i>						
Unter 1500	20,5	26,1	10,6	11,8	13,8	21,9
1500 – 2499	26,8	30,7	25,5	15,8	26,3	25
2500 – 2999	16,1	8	14,8	21,1	23,4	13,1
3000 – 3999	18,8	23,9	21,8	18,4	17,4	21,9
4000 – 4999	11,6	9,1	14,8	10,5	12	11,3
5000 – 7499	6,3	0	8,8	18,4	6	6,9
Über 7500	0	2,3	3,7	3,9	1,2	0

Quelle: (ebd., 139f.)

Von denen, die insgesamt beabsichtigten Die LINKE zu wählen, waren nach Selbst-einschätzung also 16,7 Prozent Arbeiter*innen, aber 71,2 Prozent Angestellte²⁷. Die AfD könnte, legt man also diese Zusammensetzung der potenziellen Wähler*innenschaft der jeweiligen Parteien zu Grunde, als stärkste Partei bei den Arbeiter*innen gelten – ebenso bei denen mit geringem Bildungsabschluss.

Ein etwas anderes Bild gewinnt man, wenn man die Anteile der potenziellen Parteiwähler*innen an den jeweiligen sozialen Lagen betrachtet. Zum Beispiel: Ein wie großer Teil derjenigen, die angaben, über unter 1500 Euro Nettoeinkommen zu verfügen, wollten also die FDP oder die Unionsparteien wählen?

26 Inklusive Richter*innen und Berufssoldat*innen.

27 Unter Angestellte verbirgt sich allerdings eine Vielzahl von Berufen und Arbeitsverhältnissen – Erzieher*innen und Verkäufer*innen ebenso wie einfache Angestellte im Öffentlichen Dienst oder leitende Angestellte.

Tabelle 46: Parteiwähler*innen in verschiedenen sozialen Lagen

	AfD	LINKE	Union	FDP	SPD	Grüne
Arbeiter	27,38	13,09	15,48	1,19	27,38	15,48
Angestellte	11,25	11,75	26,25	8,75	19,5	22,5
Beamte ²⁸	16	2	34	16	20	12
Selbständige	13,64	9,09	9,5	15,91	6,82	25
<hr/>						
Bildung						
Gering	18,48	8,53	25,59	6,16	25,12	16,11
Mittel	15,53	12,62	28,48	7,44	17,48	18,45
Hoch	8,9	9,2	25,22	13,35	20,18	23,14
<hr/>						
Nettoeinkommen in Euro						
Unter 1500	17	17	17	6,6	17	25,74
1500 – 2499	13	14,42	26,44	5,76	21,15	19,23
2500 – 2999	13,53	5,26	24,06	12	29,3	15,78
3000 – 3999	12,57	12,57	29,14	8,38	17,37	20,95
4000 – 4999	13,13	8,08	32,32	8,08	29,29	18,18

Quelle: (ebd.)

Von den oben umrissenen politischen Projekten ist – laut diesen Daten – das heutige sozialliberal-ökologische das am stärksten von den unteren Einkommensschichten unterstützte Projekt. 42,74 Prozent derjenigen, die über weniger als 1500 Euro netto verfügten, wollten die SPD und Grünen wählen. Für das konservativ-liberale Projekt wollten dagegen nur 23,5 Prozent aus dieser Einkommensgruppe stimmen. Nimmt man die untere bis mittlere Einkommensgruppe dazu (1500 – 2499 Euro) ergibt sich eine tendenziell ähnlich starke Unterstützung für Rot-Grün, aber auch eine größere für das konservativ-liberale Projekt. 40,38 Prozent dieser Gruppen hatten demnach vor SPD und Grüne zu wählen, 32,2 Prozent wollten für die FDP und die Union stimmen. Ähnlich sah es in Bezug auf die »Berufsgruppen« aus. 42,86 Prozent der Arbeiter*innen beabsichtigten demnach ihre Stimme dem heutigen sozialliberal-ökologischen Projekt zu geben. Das konservativ-liberale Projekt wollten dagegen nur 16,67 Prozent aus dieser Gruppe wählen. Und auch bei denen, die über einen geringen Bildungsabschluss verfügten, lagen SPD und Grüne deutlich vorne: 41,23 Prozent konnten sich vorstellen »mitte-links« zu wählen (gegenüber 31,75 Prozent für Union und FDP)²⁹.

28 Inklusive Richter*innen und Berufssoldat*innen.

29 Ordnet man diese Eindrücke in ein einfaches Schema ein, das zwischen Mitte-Links-Parteien (hier also: SPD, Grüne und LINKE) und Mitte-Rechts-Parteien (CDU, FDP und AfD) unterscheidet, zeigt

Das heutige links-ökologische Projekt fand damals am stärksten Unterstützung bei den unteren (17 Prozent) und »unteren bis mittleren« Einkommensgruppen (14,42 Prozent). Aber auch in der Gruppe der oberen Einkommensmitte (3000–3999 Euro) fand es nennenswerte Unterstützung mit 13,09 Prozent potenzieller Wähler*innen. Unter den Berufsgruppen fand es am stärksten bei den Arbeiter*innen (13,09 Prozent) und der großen Gruppe der Angestellten Unterstützung (11,75 Prozent).

Bemerkenswert ist, dass sich diese Werte deutlich verschieben, wenn man prüft, ein wie großer Teil derer, die sich selbst bestimmten Schichten zuordnen, die LINKE unterstützen. Dabei geht es um die sog. »subjektive Schichteinstufung«. Von denjenigen, die sich selbst zur Unterschicht zählten (tendenziell ordnen sich Menschen den unteren Schichten weniger zu als objektiv der Fall), wollten 31,25 Prozent die LINKE wählen. Bei der Arbeiterschicht waren es 20,18 Prozent, bei der unteren Mittelschicht 11,85 Prozent, bei der mittlere Mittelschicht 8,18 Prozent und bei der oberen Mittelschicht 3,33 Prozent (ebd., 140). Eine ähnliche Tendenz lässt sich bei der AfD beobachten: 31,25 Prozent derer, die sich selbst der Unterschicht zuordneten, 21,05 der Arbeiterschicht, 15,64 Prozent der unteren Mittelschicht, 10,23 Prozent der mittleren Mittelschicht, 8,33 Prozent der oberen Mittelschicht (Ebd.) hatten vor bei der nächsten Bundestagswahl für das autoritär-populistische Projekt zu votieren.

Mit Blick auf die Wählerstruktur der AfD kommt eine Studie des DIW – in der Tendenz – zu ähnlichen Ergebnissen, nun allerdings basierend auf einer Nachwahlbefragung. Hier werden allerdings etwas andere Einstufungen der sozialen Lage vorgenommen, etwa Unterschieden zwischen einfachen manuellen und nicht-manuellen Tätigkeiten, qualifizierten manuellen und nicht-manuellen Tätigkeiten, denen abhängig Beschäftigte nachgegangen sind. Mit Blick auf die Wählerstruktur der AfD und der LINKE ergibt sich das folgende Bild für die Bundestagswahl 2017:

Tabelle 47: Soziale Struktur der Wählerschaft Bundestagswahl 2017 (inklusive Veränderungen zu 2013)

	Linke	AfD	Anteil Wählerschaft
Einfache manuelle Tätigkeiten	3 (-1)	6 (+4)	3
Einfache nicht-manuelle Tätigkeiten	6 (-1)	6 (0)	6
Qualifizierte manuelle Tätigkeiten	5 (-2)	13 (+5)	6
Qualifizierte nicht-manuelle Tätigkeiten	24 (+6)	24 (0)	25
Akademische Berufe	8 (+1)	4 (-6)	6

sich, dass in den unteren Statuslagen die Mitte-Links-Parteien gleichauf mit oder deutlich vor den Mitte-Rechts-Parteien lagen. 55,05 Prozent der Arbeiter*innen, 49,76 Prozent der Hauptschüler*innen, 59,74 Prozent derjenigen mit weniger als 1500 und 54,8 Prozent derjenigen mit 1500 bis 2499 Euro Nettoeinkommen wollten demnach mittel links wählen.

Erwerbslose	5 (-5)	6 (+4)	4
Kleine Unternehmer*innen	1 (0)	1 (0)	1
Unternehmer*innen/Manager*innen	1 (-2)	3 (0)	3
Solo-Selbständige	2 (0)	2 (0)	2
Rentner*innen/Pensionäre	30 (-3)	24 (-4)	32
Schüler*innen/Studierende	9 (+3)	1 (-4)	5
Auszubildenden	2 (+1)	2 (-2)	4
Sonstige	5 (+1)	5 (+1)	5
Gesamtergebnis	9,2 (+0,6)	12,6 (+7,9)	

Quelle: (Brenke/Kritikos 2020, 306)

Die AfD war 2017 die große Wahlgewinnerin, gewann fast 8 Prozent hinzu. Die Tabelle weist die Anteile der einzelnen Angehörigen der ausgewiesenen Lagen an der Wählerschaft der beiden Parteien aus. Informationen über die Anteile der Parteianhängerschaft an allen Angehörigen der Soziallagen (also z.B. ein wie hoher Anteil der Wahlberechtigten, die einem Job nachgingen, in dem sie eine qualifizierte nicht-manuelle Tätigkeit ausübten, die AfD gewählt haben) bietet die Studie nicht. Abhängig Beschäftigte insgesamt machten 53 Prozent der AfD-Wählerschaft aus, gegenüber 2013 war dies ein Plus von 14 Prozent. DIE LINKE gewann 2017 gegenüber 2013 bei allen abhängig Beschäftigten 2 Prozentpunkte hinzu, 38 Prozent ihrer Wähler*innen waren abhängig Beschäftigte. Das war allerdings eine Folge der Umgruppierung, wenn man so will: Der Anteil der Wähler*innen der LINKEN, der eine einfache manuelle und eine qualifizierte manuelle Tätigkeit ausübte – vermutlich also Industriearbeiter*innen und Beschäftigten des Handwerks – nahm um 3 Prozentpunkte ab, der Anteil der qualifizierten nicht-manuell arbeitenden Beschäftigten nahm hingegen um 6 Prozentpunkte zu. Bei der AfD verhielt es sich völlig anders. Der Anteil der Wähler*innen, die einer einfachen oder qualifizierten manuellen Tätigkeit nachging, stieg um 9 Prozentpunkte, die, die einer einfachen nicht-manuellen Tätigkeit nachgingen, um 5 Prozentpunkte. Anteilig nahmen darüber hinaus die Wähler*innen zu, die erwerbslos waren (+4 Prozent), die LINKE verlor hier 5 Prozentpunkte.

Spiegelbildlich verhielt es sich 2017 mit Blick auf junge Menschen in Ausbildung und Akademiker*innen. Der Anteil der Wähler*innen der AfD, der eine Ausbildung machte (-2), einem akademischen Berufen nachging (-6), zur Schule ging oder studierte (-4) nahm jeweils ab, bei der LINKEN nahmen deren Anteile jeweils zu. Im Öffentlichen Dienst arbeiteten 2017 27 Prozent der LINKEN-Wähler*innen, was in etwa dem Anteil von Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes an allen Wahlberechtigten entsprach. Der Anteil an allen AfD-Wähler*innen betrug hingegen lediglich 17 Prozent – während die AfD unterdurchschnittlich viele Anhänger*innen hatte, die für den Staat arbeiteten, waren es bei den Grünen überdurchschnittlich viele. 38 Prozent derjenigen, die die Grünen wählten, arbeiteten 2017 im Öffentlichen Dienst (ebd., 305).

Interessante Informationen über die Wählerschaft sowohl der AfD, der Linken, den beiden Ankerparteien des links-ökologischen und des nationalradikalen Lagers, bietet Floris Biskamp, der Daten des European Social Survey ausgewertet hat. Die Daten wurden im Jahr 2018 erhoben und beziehen sich auf die zurückliegende Bundestagswahl 2017. Biskamp hat die verfügbaren Daten in ein Berufsklassenmodell eingeordnet, das von Daniel Oesch für die Wahlforschung (weiter-)entwickelt wurde (Biskamp 2020, 3). In der folgenden Tabelle habe ich die Wahlergebnisse für acht Berufsklassen dargestellt³⁰, die prozentualen Ergebnisse beziehen sich auf die Gesamtheit der tatsächlichen Wähler*innen. 2,3 Prozent der Selbständigen und großen Unternehmer*innen, die tatsächlich an der Wahl teilgenommen haben, stimmten also 2017 für die SPD. Unter NW habe ich darüber hinaus den Anteil der Nichtwähler*innen in den Berufsklassen ausgewiesen.

Tabelle 48: Wahlentscheidung Bundestagswahl 2017 nach Berufsklassen

	AfD	LINKE	SPD	Grüne	NW
Self-employed professionals/Large employers	18,6	-	2,3	16,3	4,4
Small business owners	15,7	6,6	15,7	6,6	21,9
Technical (semi-)professionals	10,5	7,9	25,0	15,1	8,4
Production workers	24,9	9,2	24,4	3,2	42,4
(Associate) Managers	10,3	8,0	21,1	9,2	11,5
Clerks	8,8	7,2	21,5	7,7	20,3
Socio-cultural (semi-)professionals	5,7	15,3	17,5	11,8	11,6
Service workers	13,8	9,9	19,7	8,6	36,1

Quelle: Eigene Darstellung

Deutlich wird, dass sich insbesondere unter den Selbständigen/Unternehmer*innen, Kleinunternehmer*innen und Industriearbeiter*innen besonders viele Anhänger*innen der AfD finden. Auch ein relativ hoher Anteil einfacher Dienstleistungsbeschäftiger (worunter im Berufsklassenmodell nach Oesch sowohl qualifizierte Beschäftigte wie Krankenpfleger oder Verkaufspersonal wie geringer qualifiziertes Dienstleistungspersonal zusammengefasst werden) stimmte für die AfD – aber mit 42,4 Prozent der Industriearbeiter*innen und 36,1 Prozent der Dienstleistungsbeschäftigen entschieden sich noch größere Teile gar nicht zu wählen.

Auch der Blick auf die Einkommensschichtung zeigt: Knapp 50 Prozent des untersten Einkommenszehntels, fast 40 Prozent des zweiten untersten Einkommenszehntels und etwa 45 Prozent des dritten untersten Einkommenszehntels nahmen gar nicht erst an der Wahl teil (ebd., 4). Die Anhänger.innen der LINKEN waren am stärksten bei den Soziokulturellen Semiprofessionellen (Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen) vertretenen.

³⁰ Ich danke Floris Biskamp, der mir freundlicherweise die Daten zur Verfügung gestellt hat.

Darüber hinaus finden sie sich in ähnlichen, aber etwas geringeren Anteilen in fast allen anderen Berufsklassen, etwas stärker lediglich bei Dienstleistungsbeschäftigen und unter den Industriearbeiter*innen – in beiden Fällen aber im geringeren Maße als die Wähler*innen der AfD.

Motive für die Wahl der Nationalradikalen

In den unteren Einkommensschichten und in der traditionellen Arbeiter*innenschaft fanden in den vergangenen Jahren sowohl AfD als auch LINKE viel Zuspruch, wenngleich die Wahlergebnisse der Rechten höher waren. Zwischen der Bundestagswahl 2013 und 2017 hat sich die Wählerschaft der nationalradikalen Partei stark verändert:

»Sie ist 2017 zur zweiten wichtigen Ostpartei (neben der Linken) aufgestiegen. Und rund zwei Drittel ihrer Wähler waren 2017 Männer. Während die AfD 2013 noch relativ stark von akademischen Beschäftigten und Personen im öffentlichen Dienst gewählt wurde, hat sie sich 2017 zu einer Arbeiterpartei entwickelt. Ebenso gaben Personen in schulischer oder universitärer Ausbildung dieser Partei im Jahr 2017 im Vergleich zu 2013 kaum noch ihre Stimme. In keiner anderen Partei war 2017 unter der Wählerschaft der Anteil der Beschäftigten mit manuellen Tätigkeiten und einfachen, nicht manuellen Tätigkeiten so hoch wie bei der AfD.« (Brenke/Kritikos 2020, 307)

Die oben diskutierten Daten über die Wählerschaft der AfD zeigen aber auch: Erfolgreich ist sie nicht als Partei einer sozialen Schicht, sondern weil es ihr gelingt schicht- bzw. klassenübergreifend Wähler*innen zu mobilisieren (van Dyk/Graefe 2018, 338). Für die Frage nach den Potenzialen, auf die sich das links-ökologische Projekt beziehen kann, ist das wichtig, denn immerhin gewann die AfD in der Vergangenheit auch in stärkerem Maße Wähler*innen von der ostdeutschen LINKEN. Warum also wählen AfD-Anhänger*innen wie sie wählen? Eine prominente These lautet, es sei insbesondere soziale Unzufriedenheit, die Menschen ihr Kreuz bei den Nationalradikalen machen lässt. Mit anderen Worten: Im Kern handelt es sich demnach nicht um Protestwähler*innen, die eigentlich andere Anliegen haben (Kahrs/Falkner 2019, 13), und mit einer Denkzettelwahl den anderen Parteien ihren Unmut deutlich machen wollen³¹. AfD-Wahl wäre

31 Die Wahl von Rechtspopulist*innen und/oder (Post-)Faschist*innen wird in gewissem Sinne zur sozialen und politischen Notwehrtat erklärt, wie Silke van Dyk und Stefanie Graefe zusitzen (van Dyk/Graefe 2018, 337f.). Unterstellt wird ein »eigentliches« Interesse der Wähler*innen an Gerechtigkeit und Gleichheit – da es nicht erfüllt werden kann, geben die Menschen ihre Stimme den autoritären Nationalradikalen (ebd., 341f.). Eine weitere Kritik formuliert Dennis Eversberg, der vor ökonomischem Determinismus warnt (Eversberg 2018, 44–46). Nicht die soziale Lage, auch nicht die sozialen Sorgen sei das, »(...) was nun die AfD-Wähler*innen verbindet, (...) sondern die ethnozentrische, rabiats ausgrenzende Form, in der sie sie verarbeiten.« (ebd., 46). Eine Notwehrdiagnose entwickelt tendenziell Andreas Nölke, der vor diesem Hintergrund für eine links-populäre bzw. linkskommunitaristische Politik plädiert (Nölke 2018, 78–81), die er für »alt-sozialdemokratisch« (ebd., 226) hält. Wähler*innen von der AfD zurückgewinnen könne man, indem man auf deren – wohl eigentlichen – Anliegen eingehe: die Sorgen der ärmeren oder von Abstieg bedrohten Menschen ernst nehmen, »um diese Menschen deutlich besser zu unterstützen.« (ders. 2018b, 327). Im Kern sollen sich mittel linke Parteien für Verteilungs- und Sozialpolitik engagieren, während sie in kulturellen Fragen (zu denen er Geschlechterpolitik ebenso zu zählen scheint wie Einwanderungs- und Asylpolitik) eher konservativ agieren sollten. Scharfe Kritik an der AfD nutze dagegen

insofern eine Art Sozialproteststimmabgabe. Für die LINKE als Ankerpartei des Projektes des Grünen Sozialismus wäre das eine durchaus gute Neuigkeit, denn die AfD wäre leicht aus der Erfolgsspur zu bringen: Nötig wäre lediglich eine (noch) stärker vernehmbare Sozialpolitik und (möglicherweise) eine lautere soziale Kritik an den anderen Parteien bzw. an der Regierung. Die gegenläufige These lautet: Zwischen den tatsächlichen Einstellungen der Wähler*innen und den Positionen der AfD gibt es ein hohes Maß an Übereinstimmung. Bei der Stimmabgabe für die Nationalradikalen handelt es sich also nicht um Protestwähler*innen, die eigentlich andere Anliegen haben (Ebd.).

Für besondere Furore hat eine Analyse von Holger Lengfeld geführt. Er hatte auf der Grundlage einer statistischen Untersuchung keine Belege dafür gefunden, dass Menschen, die über einen geringeren Bildungsgrad, ein niedriges Einkommen verfügen und/oder den Berufsstatus Arbeiter haben, mit größerer Wahrscheinlichkeit die AfD wählen³². Lengfeld hat seine Analyse, nachdem seine Befunde ausführlich kritisiert worden waren, nochmals erweitert und verteidigt³³. Demnach sind es nicht die genannten Statuslagen, die eine Rechtswahl erklären, sondern vielmehr »[...] das Empfinden einer kulturellen Bedrohung und die Unzufriedenheit mit der Demokratie.« (Lengfeld 2018, 297) Und weiter:

»Nach alledem, was bis heute an Befunden auf dem Tisch liegt, scheint der zentrale Konflikt, der Menschen dazu bringt, sich für die AfD zu entscheiden, ein Konflikt zwischen ›Innen‹ (den Angestammten) und ›Außen‹ (zuwanderungswilligen ethnisch-kulturell Fremden) zu sein. Das der Beobachtung zugängliche Symptom für diesen Konflikt ist das von AfD-Wählern empfundene doppelte, schwächere ökonomische und stärkere kulturelle Bedrohungsgefühl.« (ebd., 298)

Ein Symptom ist ein Anzeichen oder Merkmal, es ist selbst keine Erklärung – aber die Beobachtung dieser Symptome weist auf Zusammenhänge hin. Demnach ist es nicht die

nur dieser und schade mittel linken Parteien, sichere sogar die politische Mehrheitsfähigkeit der bürgerlichen Parteien (ebd., 328f.).

- 32 Eine Vorsicht gegenüber einem vereinfachten sozialen Determinismus legen auch die Ergebnisse eines Forschungsprojektes nahe, das sich u.a. mit den politischen Orientierungen unter jungen Erwachsenen beschäftigt hat, die sich in einer prekären sozialen Lage befanden. Im Mai 2017 wurden 1000 Menschen zwischen 18 und 30 Jahren befragt (Lorenzen/Neumann/Seehaus/Trappmann 2018, 138–139). Von diesen jungen Prekären gaben lediglich 4,3 Prozent in der Telefonbefragung an, die AfD wählen zu wollen (ebd., 148). Interessant ist in diesem Zusammenhang die Kombination von sozialen Merkmalen und Deutungen der Welt, die sich bei ihnen fand. Die Wähler*innen der AfD waren häufiger erwerbstätig und hatten durchschnittlich ein höheres Einkommen als der Rest, der als Vergleichsgruppe diente. 85 Prozent derjenigen, die die AfD wählten bzw. wählen wollten, meinten, dass »(...) sie mit ihrem Haushaltseinkommen bequem zureckkommen.« (ebd., 148) Als prekär bewerteten nur 14 Prozent der AfD-Sympathisant*innen ihre Situation, während das 30 Prozent der restlichen Untersuchungsgruppe taten (ebd.). Sorgen machten sich aber in stärkerem Maße die Wähler*innen der AfD. 87,9 Prozent von ihnen gab an sich vor steigender Armut zu ängstigen (Restgruppe: 62 Prozent), 83,1 Prozent fürchteten sich vor Zuwanderung (Restgruppe 24,7 Prozent). (ebd., 149).
- 33 Die neue Analyse beruht auf Daten des Sozi-ökonomischen Panel (SOEP) aus 2016. Erfasst wurden mehr als 8000 »Fälle«, darunter 449 AfD-Wähler*innen.

objektiv schlechtere Stellung innerhalb der Klassengesellschaft, sondern es ist die subjektive Bewertung³⁴ derselben, die die politische Orientierung erklärt (ebd., 302). Auf der Grundlage einer multivariaten statistischen Analyse kommt er zu dem Ergebnis, dass Personen, die als »statusniedrig« bezeichnet werden, die AfD wählen, weil sie »[...] in höherem Maße die Zuwanderung von Flüchtlingen ablehnen und – in etwas geringerem Maße – weil sie das deutsche politische System kritisch bewerten.« (ebd., 304).

Anders gesagt: Je höher die Abneigung gegen Flüchtlinge, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass die AfD gewählt wird. Das klingt zunächst tautologisch (rechts wählt, wer rechte Einstellungen hat), verweist aber darauf, dass Ideologien und subjektiv-politische Verarbeitungsweisen relativ autonom sind, d.h. nicht auf objektive Lagen zurückgeführt werden können. Man kann schlussfolgern: Je größer das Bedrohungsgefühl ist, das durch Migration ausgelöst wird, desto wahrscheinlicher ist die Wahl der AfD – nicht entscheidend ist demnach die »soziale Entbehrung« oder, umgekehrt, die »soziale Privilegierung«. Zu unterscheiden bliebe sodann, wie oben bereits erwähnt, zwischen einem dominanten kulturellen und einem schwächeren wirtschaftlichen Bedrohungsgefühl:

»Was heißt das jetzt konkret? Dass Menschen die AfD durchaus aus wirtschaftlichen Gründen (Konkurrenzausschluss von Zuwanderern) wählen würden. Sie tun es aber vermutlich weitaus häufiger, weil sie sich durch Zuwanderung in ihrer – individuellen und vermutlich auch kollektiven – Identität bedroht fühlen.« (ebd., 307)

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Übereinstimmung, die es zwischen Lengfeld und Kritiker*innen gibt. Christian Seipel und Susanne Rippl etwa hatten, explizit gegen Lengfeld gerichtet, zuvor – ebenfalls auf der Grundlage einer statistischen Analyse³⁵ – argumentiert, dass der Status (Einkommen und Bildung) sehr wohl einen erklärenden Einfluss für die Wahlentscheidung hätte. Aber:

»Diese wirken indirekt über die Entwicklung von Bedrohungswahrnehmungen auf die Wahlabsicht für die AfD. Es zeigt insbesondere die Bildung einen starken Einfluss auf die Ausprägung von Bedrohungswahrnehmungen. Deutlich stärker als das ökonomische Modernisierungsverlierermotiv ist der Einfluss der wahrgenommenen kulturellen Bedrohung durch Zuwanderung. Dieser Faktor erweist sich mit Abstand als stärkster Prädikator für die Erklärung der Wahlabsicht für die AfD. Die politische Entfremdung zeigt ebenfalls einen signifikanten, aber schwächeren Effekt.« (Rippl/Seipel 2018, 250)

Konkret bilden Seipel und Rippl Bedrohungsgefühle und Unzufriedenheiten von Menschen, die beabsichtigten die AfD oder eine der anderen Parteien zu wählen, wie folgt ab:

-
- 34 Das führt wiederum zur Frage, wodurch die subjektiven Verarbeitungsweisen eigentlich erklärt werden können. Unabhängig davon, wie die Antwort lautet: da in allen Statusschichten zwar mehr oder weniger große Anteile zur Wahl einer Rechtsaußenpartei tendieren, während ebenso große (oder i.d.R. größere Anteile) eine der mitte-links-Parteien bevorzugen, ist die Klassen- und Schichtlage zumindest als ausschlaggebende Erklärung ausgeschlossen.
- 35 Die Datenbasis sind Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS)

Auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht) schätzten AfD-Anhänger*innen sich im Durchschnitt mit 3,0 ein – die Wähler*innen der anderen Parteien im Durchschnitt mit 2,8 etwas besser. Es wurde aber auch danach gefragt, ob man sich selbst wirtschaftlich bedroht fühlte. Die Skala reichte von 1 (keine Zustimmung zu dieser Aussage) bis 7 (starke Zustimmung). Befragte, die angaben, AfD wählen zu wollen, landeten im Durchschnitt bei 4,6 – die Wähler*innen aller anderen Parteien bei 3,4. Noch stärker über dem Durchschnitt lag das kulturelle Bedrohungsgefühl der AfD-Wähler*innen. Die Skala glich der gerade erwähnten (1 = keine Zustimmung, 7 = starke Zustimmung). Im Durchschnitt ergab sich für diejenigen, die beabsichtigten die AfD zu wählen, ein Wert von 5,3, für alle anderen von 3,3 (ebd., 246).

Auch Martin Schröder, der sich auf die von Lengfeld ausgelöste Debatte bezogen hat, hat herausgestellt, dass es so erscheint, als würde beispielsweise Menschen, die sich größere Sorgen um ihre Altersversorgung und die eigene wirtschaftliche Situation machen, mit größerer Wahrscheinlichkeit die AfD wählen (Schröder 2018, 10). Auch die Sorge vor dem Rückgang des sozialen Zusammenhalts (ebd., 11) bzw. vor Kriminalität befördert demnach die AfD-Wahl.

»Aber die stärksten [...] Effekte zeigen sich erst, wenn man die AfD-Sympathie mit Einstellungen zu Flüchtlingen und Ausländern erklärt. Wer meint, dass Flüchtlinge Deutschland generell zu einem besseren Lebensort machen oder Deutschland kulturell bereichern, hat eine um ca. 80 Prozent verringerte Chance, die AfD zu unterstützen. Wer meint, dass Flüchtlinge gut für die Wirtschaft sind, hat eine um zwei Drittel niedrigere Chance auf AfD-Sympathie. Damit sind Einstellungen zu Flüchtlingen und Ausländern der stärkste Einfluss auf die Unterstützung der AfD.« (ebd.).

Dabei überwiegen, so Schröder weiter, eher kulturelle als wirtschaftliche Vorbehalte gegenüber Migrant*innen (ebd., 13). Diese Sorgen stehen gewissermaßen hinter anderen – sie bestimmen andere Problemwahrnehmungen. Beispielhaft zeigt Schröder,

»[...] dass die Sorge um die Kriminalitätsentwicklung und wirtschaftliche Situation in Wirklichkeit eine Sorge vor zunehmender Kriminalität und Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage durch Ausländer ist.« (ebd., 14)

Und später heißt es zusammenfassend:

»Dies legt den Schluss nahe, dass AfD-Unterstützer nicht per se besorgter um die eigenen und allgemeine wirtschaftliche Lage, sowie Kriminalität und sozialen Zusammenhalt sind, sondern weil sie negative Konsequenzen durch Flüchtlinge und Zuwanderung fürchten. Zugespitzt kann deswegen sagen, dass AfD-Unterstützer Ausländern gegenüber feindlich eingestellt sind, sich ansonsten aber kaum von sonstigen Deutschen unterscheiden.« (ebd., 18)

Susanne Pickel versuchte in einem 2019 publizierten Artikel die Frage zu beantworten, ob Menschen die AfD aus Frust, aufgrund von Angst, Deprivation oder Wertekonflik-

ten wählen, indem sie die Nachwahlbefragung der German Longitudinal Election Study (GLES) auswertete (Pickel 2019, 151)³⁶. Pickel hebt zunächst hervor, dass es der AfD in besonderem Maße gelang ehemalige Nichtwähler*innen zu mobilisieren (ebd., 152–153). Mehr als 60 Prozent der AfD-Wähler*innen gaben an, »[...] sie hätten ›nur‹ aus Enttäuschung für die AfD gestimmt, würden sich aber nicht mit der Partei identifizieren.« (ebd., 157).

Aber aus Enttäuschung über was, welche politischen Motive haben sie dazu bewogen? Interessant ist zunächst die politische Selbsteinschätzung, um die die Befragten im GLES gebeten wurden. 5 Prozent gaben an eher linke Positionen zu vertreten. 20 Prozent sahen sich mit ihren Ansichten selbst eher in der Mitte. Aber immerhin 61 Prozent sahen sich selbst eher als Teil des rechten politischen Spektrums, wobei die Schattierungen zu beachten sind. 36 Prozent verstanden sich als gemäßigt rechts, 18 Prozent als rechts und 7 Prozent als äußerst rechts (ebd., 159)³⁷. Laut Pickel erklären sozialstrukturelle Einflüsse das Wahlverhalten lediglich schwach (ebd., 160). Kurz: Wenn Arbeiter*innen überdurchschnittlich oft die AfD wählen, dann erklärt sich das nicht aus ihrer Arbeiter*innenlagen. Wenn nicht die objektive Lage (Einkommen, Beruf oder Bildung etwa) erklärt, weshalb rechts gewählt wird, dann also die subjektiven Wahrnehmungen?

Ein erster Befund lautet: Wer unzufrieden mit der Demokratie ist, wählt mit einer höheren Wahrscheinlichkeit die AfD – Wähler*innen der AfD haben sich demnach massiv von der Demokratie entfremdet (ebd., 161–162). Nur 5,7 Prozent der AfD-Wähler*innen denkt, dass es Politiker*innen kümmert was einfach Leute denken (aber das glauben auch lediglich 13,4 Prozent der Wähler*innen der anderen Parteien); der Aussage, das Volk sollte die wichtigsten Entscheidungen selbst treffen, stimmen 69,9 Prozent der AfD-Anhänger*innen und 36,7 Prozent der Anhänger*innen der anderen Parteien zu. 76,1 Prozent der AfD-Wähler*innen gehen von einem Unterschied zwischen Volk und Eliten aus, bei den Wähler*innen der anderen Parteien sind das 62,7 Prozent (ebd., 169).

»Die Wähler*innen keiner anderen Partei zeigen so ausgeprägte Einstellungen politischer Entfremdung und unterstützten populistische Forderungen so stark.« (ebd., 162) Ob das eine »rechte Haltung« ausdrückt, ist ohne weitere Informationen aber m.E. nicht zu entscheiden, auch wenn Pickel in den oben dargestellten Zustimmungswerten einen Beleg für den Populismus der AfD-Wähler*innen sehen will – das mag sein, wenn damit Legitimationsprobleme der etablierten politischen Kräfte gemeint sind. Aber dieser Populismus könnte sowohl links wie rechts motiviert sein.

36 Der ausgewertete Datensatz enthielt 2115 Befragte, 161 davon hatten die AfD gewählt. 108 dieser Fälle – nur diese hatten alle auf Fragen geantwortet, die untersucht werden sollten – bildeten dann die Datenbasis, die ausgewertet wurde (Pickel 2019, 151).

37 Interessant sind in diesem Zusammenhang auch Daten, die sich auf den November 2015 beziehen, also die Phase, in der (im Schatten des »Sommers der Migration«) die AfD besonders starken Zuspruch gewann. Demnach, so Niedermayer und Hofrichter in einem Artikel aus dem Jahr 2016, schätzten 55 Prozent der AfD-Anhänger*innen die AfD selbst als rechts und 11 Prozent sie als sehr rechts ein. Sich selbst sahen aber lediglich 42 Prozent als Rechte, 44 Prozent betrachteten sich als Angehörige der politischen Mitte. Interessant ist der diesbezügliche Kontrast zur Bevölkerung insgesamt. Im November 2015 betrachteten sich 51 Prozent der Befragten als links an, 8 Prozent als sehr links – aber nur 23 Prozent als politische Mitte. 15 Prozent sagten von sich rechts zu sein, 3 Prozent sahen sich als sehr rechts (Niedermayer/Hofrichter 2016, 279).

Es ist also nötig diesen politikelitenbezogenen »Populismus« im Zusammenhang weiterer Motive zu betrachten. Hier ist Pickels zweiter Befund hervorzuheben. Auch laut Pickel, die insofern mit den oben bereits dargestellten Befunden übereinstimmt, ist der »[...] wirkmächtigste Faktor und Grundauslöser für die Stimmabgabe zugunsten der AfD [...] das Gefühl kultureller Bedrohung.« (Ebd.) Dahinter verbergen sich m.E. allerdings nicht unbedingt nationalistische oder rassistische Haltungen, wenngleich Pickel von einem »Nationalismus des Durchschnittsbürgers« spricht. Treffender ist es mit Blick auf die empirisch untersuchten Statements zunächst einmal von starken Anpassungserwartungen zu sprechen: Minderheiten sollen sich anpassen, die deutsche Sprache soll gesprochen werden und die deutschen Traditionen und Gepflogenheiten eingehalten werden. Diese Erwartungen gehen aber Hand in Hand mit Ängsten: Während rund ein Viertel aller Wähler*innen befürchtet, dass die deutsche Kultur durch Migrant*innen bedroht sei, denken das rund drei Viertel aller AfD-Anhänger*innen (Ebd.). Interessant ist, was AfD-Wähler*innen genau problematisieren oder wovor sie sich ängstigen. 91,9 Prozent von ihnen fordern laut Pickel etwa, dass sich Minderheiten anpassen (das denken auch 70,3 Prozent der Wähler*innen aller anderen Parteien) und sehen es als notwendig an. 95,7 Prozent wollen, dass die deutschen Traditionen und Gepflogenheiten eingehalten werden (bei den Wähler*innen der anderen Parteien sehen das 66,6 Prozent so). Der Wunsch nach der Bewahrung der deutschen Identität spielt daher eine zentrale Rolle. Aber »nur« 20,9 Prozent der Anhänger*innen glauben, dass man nur eine deutsche Identität ausbilden könne, wenn man auch deutsche Vorfahren hat (das denken 17,6 Prozent der Wähler*innen der anderen Parteien) – 34,6 Prozent glauben immerhin, man müsse in Deutschland geboren worden sein (22,9 Prozent der Wähler*innen anderer Parteien sehen das so). 73,6 Prozent der AfD-Wähler*innen denken aber, dass Einwanderung zu mehr Kriminalität führt (bei den Wähler*innen der anderen Parteien: 37,1 Prozent), nur 10,7 Prozent denken, sie könnte gut für die deutsche Wirtschaft sein (ebd., 169).

Ebenfalls auf das Jahr 2016 beziehen sich Einblicke in die Einstellungen von AfD-Anhänger*innen, die Oskar Niedermayer und Jürgen Hofrichter auf der Basis von Infratest dimap-Umfragedaten geben, die aus dem Februar/März 2016 stammen. Ein rechtsextremes Einstellungspotenzial sehen sie bei 28 Prozent der AfD-Anhänger*innen, während es im Durchschnitt bei allen anderen Befragten bei 9 Prozent lag (Niedermayer/Hofrichter 2016, 282). Zu einzelnen fremdenfeindlichen etc. Aussagen lagen die Zustimmungswerte allerdings deutlich höher. 53 Prozent der AfD-Anhänger*innen waren demnach der Meinung, Ausländer*innen sollten abgeschoben werden, wenn Arbeitsplätze knapp werden (das sagten lediglich 20 Prozent aller Befragten), 37 Prozent waren der Meinung, es gäbe wertvolles und unwertes Leben (das sagten 24 Prozent aller Befragten) und 36 Prozent waren überzeugt, der Faschismus habe auch seine guten Seiten gehabt (das sagten 15 Prozent aller Befragten) (ebd., 282). Insofern könnte man sagen, dass etwa ein Drittel der AfD-Wähler*innen rechtsextreme Einstellungen hat, aber zwischen 30 und 50 Prozent weiteren rechten Positionen zustimmten. Besonders negativ eingestellt, das wurde bereits deutlich, sind AfD-Anhänger*innen gegenüber Flüchtlingen.

In der oben bereits zitierten Arbeit von Hambauer und Mays werden diesbezüglich interessante Positionen dargestellt. Insgesamt waren beispielsweise 95,4 Prozent aller

damals Befragten der Ansicht, man müsse Flüchtlinge aus Kriegs- oder Bürgerkriegsländern aufnehmen. Das sahen aber lediglich 81,3 Prozent derer so, die angegeben haben die AfD wählen zu wollen. 80 Prozent aller Befragten gaben an, auch Menschen sollte Asyl gewährt werden, die religiös und politisch verfolgt werden. Lediglich 45,5 Prozent aller, die die AfD wählen wollten, stimmten dem zu. 63,9 Prozent der Befragten stimmten zu, dass auch Menschen aus Ländern aufgenommen werden sollten, in denen es Hunger- und Nahrungsmittelkatastrophen gab. Das sahen aber nur 38,8 Prozent derjenigen so, die beabsichtigten die AfD zu wählen (Hambauer/Mays 2018, 143).

Instruktiv sind in diesem Zusammenhang auch die folgenden Werte. Insgesamt 37,5 Prozent aller Befragten gaben an, die »Flüchtlingskrise« mache ihnen Angst. Bei denen, die die AfD wählen wollten, lag der Wert mit 80,2 Prozent fast doppelt so hoch. Die Gründe für diese Angst wurden nicht erfasst, dafür aber noch andere Sorgen. Dabei sind von besonderem Interesse jene, welche bei AfD-Anhänger*innen im Vergleich zu den Anhänger*innen anderer Parteien besonders stark ausgeprägt sind. 23,9 Prozent aller Befragten sagten beispielsweise, die derzeitige wirtschaftliche Lage mache ihnen Angst. Bei denen, die beabsichtigten AfD zu wählen, waren dies 42,2 Prozent. Bei den potenziellen Wähler*innen der LINKEN lag der Wert mit 31,5 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich hoch. Und während 76,7 Prozent erklärten Angst vor dem internationalen Terrorismus zu haben, sagten das 83,6 Prozent all jener, die für die AfD stimmen wollten. Von allen Befragten hatten 19,9 Prozent Angst ihren Arbeitsplatz zu verlieren, 34,3 Prozent befürchteten eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und 16,7 Prozent die Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Lage. Bei denen, die angegeben haben für AfD stimmen zu wollen, lagen die Werte wieder weitaus höher. 32,6 Prozent fürchteten einen Stellenverlust (LINKE: 31,8 Prozent), 55,7 Prozent die Verschlechterung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage (LINKE: 36 Prozent) und 27,6 Prozent hatten Angst vor der Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Lage (LINKE: 27,6 Prozent). Mays und Hambauer schlussfolgern insgesamt, »[...] dass die AfD primär ein Sammelbecken ist für Personen, die mit Merkels Flüchtlingspolitik nicht einverstanden sind und die sich ideologisch deutlich rechts verorten.« (ebd., 150).

Hinzufügen sollte man, dass Ängste vor allgemeiner wirtschaftlicher und eigener sozialer Verschlechterung bei denjenigen, die erklärt haben, AfD wählen zu wollen, deutlich stärker ausgeprägt war als bei den Befragten insgesamt. Ob aber beispielsweise Fremdenfeindlichkeit in der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Angst wurzelt oder die eigene wirtschaftliche Angst in der Fremdenfeindlichkeit (Fremde als Bedrohung der eigenen Lage), geht aus den quantitativen Befunden von Hambauer und Mays nicht hervor. Wenngleich die Autorinnen selbst diesen Schluss nicht ziehen, ist der Befund von Schröder in Erinnerung zu rufen, dass hinter anderen Sorgen sich – wenn man so will: determinierend in letzter Instanz – wiederum die Sorge vor den Folgen von Migration verbergen.

Falsch ist es m.E. aufgrund der bisherigen Diskussion der Wählerstruktur der AfD bzw. deren Einfluss in den einzelnen sozialen Schichten einerseits, der hohen Bedeutung von Fremdenfeindlichkeit für die Wahlentscheidungen andererseits zu schlussfolgern, dass beispielsweise Industriearbeiter*innen oder Geringverdienende grundsätzlich eher traditionalistische oder rechtsaffine Haltungen vertreten. Die oben bereits zitierte Sekun-

därauswertung von Floris Biskamp, die auf Daten des European Social Survey beruht, die im Jahr 2018 erhoben wurden, legt eine andere Schlussfolgerung nahe. Biskamp hat den politischen Raum durch eine vertikale und eine horizontale Achse eingeteilt, je weiter oben man sich auf der vertikalen Achse bewegt, desto liberaler/libertärer ist man, je weiter man sich links auf der horizontalen Achse bewegt, desto »sozialistischer« und je weiter man sich nach rechts bewegt, desto »kapitalistischer« ist man eingestellt. Bemerkenswert ist dabei, dass durchschnittlich betrachtet Angehörige aller Berufsklassen sich eher im »progressiven« oberen Sektor bewegen. Der durchschnittliche »Soziokulturelle (Semi-)Professionelle« ist beispielsweise also soziokulturell besonders liberal – der durchschnittliche Industriearbeiter oder die durchschnittliche einfache Dienstleistungsbeschäftigte im Vergleich zu ihm eher konservativ, gleichwohl bewohnten auch sie den progressiven linksoben Sektor (Biskamp 2020, 8). Eingeteilt wurden die Teilnehmer*innen der Befragung aufgrund ihrer Antwort auf die Fragen, ob das kulturelle Leben des eigenen Landes durch Immigrant*innen bereichert oder geschädigt wird, ob die europäische Integration durch die EU zu weit gegangen sei und ob schwule und lesbische Menschen ihr Leben so leben können sollten, wie sie es wünschen (ebd., 9).

Ein ganz ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Verteilung einzelner Einkommensgruppen im politischen Raum betrachtet. Zur Erinnerung: Gerade unter Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hatte die AfD stark abgeschnitten. Biskamp hat die Einkommen in Dezile eingeteilt, das erste Dezil umfasst die unterste Einkommens- und das zehnte Dezil die oberste Einkommensgruppe. Mit etwas Mut zur Vereinfachung ließe sich sagen, dass die durchschnittlichen Angehörigen der oberen vier Einkommensschichten soziokulturell am liberalsten und die untersten drei Einkommensschichten am traditionellsten eingestellt sind – aber auch die durchschnittlichen Angehörigen der drei unteren Einkommensschichten gehören insgesamt betrachtet eher zum progressiven Teil des politischen Raums (ebd., 8).

Fazit

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Der AfD ist es als Ankerpartei des nationalradikalen Projektes gelungen zwischen 2013 und 2017 neue Wählerschichten anzuziehen, insbesondere aus den unteren und mittleren Schichten der Arbeiter*innenklasse und der lohnabhängigen Mittelklasse. Für das links-ökologische Projekt sind diese Erfolge eine Herausforderung, weil ihre Ankerpartei DIE LINKE insbesondere in ihren ostdeutschen Hochburgen an die AfD verloren hat. Ursächlich sind, darauf deuten die dargestellten Ergebnisse der Umfrageforschung hin, insbesondere autoritäre und fremdenfeindliche Einstellungen, die die AfD erfolgreich mobilisierte.

Vier Ergänzungen scheinen mir allerdings wichtig. Erstens lautet der Befund, dass es *überwiegend* eben nicht soziale Themen sind, die die Menschen dazu bringen Rechtsaußen zu wählen. Für eine Minderheit kann das aber durchaus gelten. Und zweitens möchte ich mit Blick auf die oben rekonstruierten Deutungsmuster Exklusiver Sozialpopulismus und Leistungsorientierter Sozialkonservativismus hinzufügen: Möglicherweise gelingt es der AfD auch Menschen zu mobilisieren, die eben keine geschlossenen rechten Weltbilder haben, sozial unzufrieden sind – und deren ambivalente Haltung gegenüber Migration oder auch »zu viel Klimaschutz« sich von rechts ausnutzen lassen. Drittens sollte nicht aus dem Blick geraten, dass Angehörige der untersten Einkommensschich-

ten, als auch der einfachen Berufsgruppen im Durchschnitt auch soziokulturell eher liberal eingestellt sind – auch dann, wenn die AfD hier besonders stark wurde. Viertens ist zu bedenken, dass insbesondere in den unteren Einkommensschichten sowie unter Industriearbeiter*innen und einfachen Dienstleistungsbeschäftigten die Partei der »Nicht-Wähler*innen« die stärkste ist.

Für das Projekt des Grünen Sozialismus sind die an die AfD verlorengegangenen Wähler*innen wohl in größerem Maße kaum durch eine (noch) dominantere und (noch) lautere Sozialkritik allein zurückzugewinnen (was nahe läge, wäre die AfD-Wahl eine Form des Sozialprotests). Nötig wäre es vielmehr fremdenfeindliche und migrationsskeptische Einstellungen zu »bedienen« – und zwar in einer Art und Weise, die im Wettbewerb mit den nationalradikalen Deutsche-zuerst-Parolen der AfD bestehen können. Das aber würde vermutlich andere Teile der möglichen gesellschaftlichen Allianz für ein links-ökologisches Projekt abschrecken. Mit Blick auf die in Kapitel 5.3 rekonstruierten Deutungsmuster würde dies zuallererst für die besonders ungleichheitskritischen und solidarischen Sozialen Gemeinwohldemokrat*innen und die Klimasozialen gelten. Ähnlich ist es, wenn man die in Kapitel 5.4.1 dargestellten Einstellungstypen und Lager betrachtet. Sozialintegrative und Radikaldemokrat*innen ließen sich z.B. durch migrations-skeptische oder fremdenfeindliche Botschaften nicht gewinnen. Richtig ist aber auch: Umgekehrt dürften sich Resignativ-Autoritätsgebundene bzw. Missachtete Leistungsträger und Angehörige der Desillusionierten Arbeitnehmermitte durch offensives Werben für möglichst offene Grenzen nicht überzeugen lassen. Soll das Projekt des Grünen Sozialismus weiterhin flüchtingssolidarisch und einwanderungsfreundlich sein, dann wird es diese Teile der Bevölkerung trotz, nicht mit Hilfe dieser Positionen überzeugen müssen.